

1 DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern  
2 2. Tagung des 3. Landesparteitages  
3 03. März 2012, Bürgerhaus Güstrow

4  
5  
6  
7  
8 **Einreicher:** Landesvorstand, Mitglieder der Fraktion DIE LINKE im Landtag von M-V,  
9 Helmut Scholz und weitere

10  
11  
12 **Die Europäische Union zur Wirtschafts-, Sozial- und Währungsunion, zur Umwelt- und**  
13 **Friedensunion machen! Denn: Die EU wird demokratisch, sozial und solidarisch sein oder**  
14 **nicht mehr existieren.**

15  
16 **Europapolitische Aspekte für Mecklenburg-Vorpommern, politische Herausforderungen und**  
17 **Aufgaben für den Landesverband der Partei DIE LINKE**

18  
19  
20 „Daher stellt sich die Menschheit immer nur die Aufgaben,  
21 die sie lösen kann, denn genauer betrachtet wird sich stets finden,  
22 dass die Aufgabe selbst nur entspringt,  
23 wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden  
24 oder wenigstens im Prozess ihres Werdens begriffen sind.“  
25 Karl Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie, MEW 13/9

26  
27  
28 Der Parteitag möge beschließen:

29  
30 Seit der Unterzeichnung des Maastrichter Vertrages wird das Gros der Lebensverhältnisse von heute  
31 550 Millionen Menschen, in der auf 27 Mitgliedstaaten gewachsenen EU, durch Entscheidungen in  
32 "Brüssel" bestimmt. Dem können wir uns nicht entziehen. Dem wollen wir uns auch nicht entziehen!  
33 Zugleich zeigen die die Volkswirtschaften in immer schnellerer Abfolge aushöhlenden Krisenprozesse,  
34 dass die nationalen Ökonomien durch die unterschiedlichen Entwicklungsgrade mit den  
35 Vertragskonstruktionen der EU (von Maastricht bis Lissabon) nicht mehr in ein ausgeglichenes  
36 Verhältnis gebracht werden können. Die Politik hat ihr Primat über die Wirtschaft an die Finanzmärkte  
37 abgegeben. Ohne die Zurückeroberung dieses Primats wird es keine alternativen Entwicklungen  
38 geben.

39  
40 2012 ist ein entscheidendes Jahr für die weitere europäische Integration, für die Fortsetzung der  
41 Existenz der EU. Die Politik muss angesichts der andauernden politischen und strukturellen Krise in  
42 Europa überzeugende Antworten geben auf die Menschen bewegenden Fragen: nach der Perspektive  
43 des Euro, nach Krieg und Frieden oder der Energie- und Nahrungsmittelsicherheit oder dem EU-Beitritt  
44 der Türkei, aber auch den zentralen persönlichen wie: Was ist mit meinem Arbeitsplatz, wie entwickelt  
45 sich mein Lohn und ist meine Rente sicher, gibt es überhaupt eine dauerhafte  
46 Entwicklungsperspektive in unserem Bundesland? Welche Rückwirkungen haben EU-Rettungsschirm  
47 und Schuldenbremse(n) im europäischen Kontext für die hiesige wirtschaftliche und soziale  
48 Entwicklung? Kurz gesagt: Welche Auswirkungen hat die Krise in der EU auf den Lebensalltag der  
49 Menschen – auch in Mecklenburg-Vorpommern?

50 Die Liberalisierung der Finanzmärkte hat zu Entwicklungen geführt, die bis heute nicht unter Kontrolle  
51 genommen wurden. Die Krisenlösungs- EU-Gipfel und Spardiktate drohen die EU in unterschiedliche  
52 Integrationszonen aufzuspalten, zwischen denen der wirtschaftlich Stärkste das Sagen beansprucht  
53 und selbst zugleich dafür auch noch die politischen Grundlagen schafft. Mit der negativen  
54 Konsequenz, dass historische, kulturelle und gesellschaftliche Unterschiede, und Widersprüche

55 zwischen den Regionen und Ländern entgegen den vertraglichen Verpflichtungen nicht solidarisch  
56 ausgeglichen, sondern diese unterschiedlichen sozialen und nationalen Interessen zum Spielball  
57 politischer Machtausübung gemacht werden.

58

59 DIE LINKE. M-V widersetzt sich einer solchen Perspektive: Gegen Anti-Europäismus und  
60 Nationalismus, Neonazismus und Fremdenfeindlichkeit, militärische Lösungsstrategien und  
61 Abschottung und gegen alle die dies begünstigenden sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen  
62 Bedingungen arbeitet DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern und weit darüber hinaus in der  
63 gesamten EU mit allen demokratischen Kräften des Landes weiter vorbehaltlos zusammen.  
64 So begrenzt Landespolitik Einfluss nehmen kann auf eine entsprechende Bundes- und EU-Politik,  
65 aktives Engagement auf diesen Gebieten gehört zu unserem landespolitischen Profil. Nicht nur in der  
66 Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, sondern mit gleichem Engagement auch in der Bildungs-, Kultur-  
67 und Jugendpolitik sowie in der Agrar-, Umwelt- und Energiepolitik, müssen die Grundlagen dafür  
68 gefestigt werden.

69 Der Parteitag bekräftigt:

- 70 - ein seiner Geschichte, Kultur, seiner menschlichen, natürlichen, wirtschaftlichen und sozialen
- 71 Stärken und Entwicklungserfordernisse bewusstes Bundesland,
- 72 - weltoffen und solidarisch in Europa,
- 73 - engagiert für eine soziale, demokratische, bürgernahe und friedliche Europäische Union, die
- 74 weitere europäische Einigung sowie eine enge, strategische Partnerschaft mit der Russischen
- 75 Föderation,
- 76 - ein Motor umfassender Zusammenarbeit und Vernetzung im Ostseeraum und insbesondere
- 77 mit Polen,
- 78 - entschieden gegen jede Form von Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus,
- 79 Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus -
- 80 das ist Leitbild für ein europäisches Mecklenburg-Vorpommern.

81

82 Die bisherigen Entscheidungen zur Überwindung der Krise stellen nicht nur die politischen Ziele der  
83 europäischen Integration in Frage. Sie drohen bisher erreichte und vereinbarte Werte und Prinzipien  
84 des Zusammenlebens in Europa zu zerstören: Solidarität, soziale Gerechtigkeit und gegenseitige  
85 Unterstützung zur Überwindung ungleicher Lebensverhältnisse, Chancengleichheit in allen  
86 gesellschaftlichen Bereichen und Überwindung der Benachteiligung von Frauen und Mädchen sowie  
87 umweltgerechte, nachhaltige Entwicklung. Die EU – nach Jahrhunderten voller Kriege auf dem  
88 europäischen Kontinent gerade auch als friedliches politisches Projekt für das Zusammenleben der  
89 Staaten und Völker verstanden, droht zu scheitern, wenn die innergesellschaftlichen Voraussetzungen  
90 für Frieden – soziale Gerechtigkeit und die Teilhabe aller in der EU lebenden Menschen am  
91 gesellschaftlichen Wohlstand weiter abgebaut und nicht mehr gesichert werden.

92 Wir sagen: Nur ein grundlegender politischer Kurswechsel hin zu einer demokratischen, sozialen,  
93 ökologischen und friedlichen Europäischen Union wird heute und künftig das solidarische und  
94 friedliche Zusammenleben der Menschen in allen EU-Mitgliedstaaten garantieren können. Ganz so,  
95 wie es einer der Gründerväter der europäischen Einigungsprozesse – der italienische Kommunist A.  
96 Spinelli – nach dem 2. Weltkrieg erträumte: im Bewusstsein um die dafür notwendigen  
97 gesellschaftlichen Kämpfe.

98

99 Mit den Entscheidungen über den „Internationalen Vertrag für Stabilität, Koordinierung und Steuerung  
100 in der Wirtschafts- und Währungsunion " setzen der Europäische Rat und die Staats- und  
101 Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedstaaten, unter beispiellosem Druck der Regierungen Merkel und  
102 Sarkozy auf ein "Weiter So" gescheiterter neoliberaler Politik : Weiter deregulieren, liberalisieren,  
103 privatisieren, Renten und Sozialleistungen kürzen. Begleitet wird dieser Prozess durch eine  
104 unverhohlene, aber wirksame Stimmungsmache gegen die besonders von den Turbulenzen und  
105 Machenschaften an den internationalen Finanzmärkten betroffenen Krisenländer, die ihre  
106 Schuldenberge durch eine unverantwortliche Haushaltspolitik selbst verursacht hätten. Dazu sagt die  
107 LINKE Nein.

108

109 Die LINKE in Mecklenburg-Vorpommern will die Fortsetzung der europäischen Einigung unter  
110 Berücksichtigung der heute veränderten politischen und weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen  
111 und setzt sich für eine Politik ein, die dafür notwendige Weichenstellungen in der EU-, nationalen wie  
112 in der Landespolitik vornimmt: Die konsequente Veränderung und Neuausrichtung der  
113 primärrechtlichen Bestimmungen des Lissaboner Vertrages, die die EU zu einer realen Wirtschafts-,  
114 Sozial- und Währungsunion, zu einer realen Umwelt- und Friedensunion machen. Ohne diesen  
115 Neustart droht das Einigungswerk auf dem europäischen Kontinent zu zerbrechen, drohen alte  
116 nationale Egoismen das friedliche Zusammenleben zu zerstören. Die LINKE. M-V schlägt dafür einen  
117 Europäischen Konvent vor, der die grundlegende Neuorientierung des europäischen Projektes  
118 thematisiert, die Diskrepanz zwischen der Währungsunion und der Eurozone und der nicht erfolgten  
119 gemeinschaftlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik, durch die Weiterentwicklung des europäischen  
120 Gemeinschaftsprojekts, überwindet. Die LINKE. M-V beteiligt sich aktiv an der Vorbereitung und  
121 weiteren Untersetzung der Initiative der Partei der Europäischen Linken für eine EU-weite Bürger-  
122 Assemblée (Bürgerversammlung) im März 2012 und an allen weiteren Schritten hin zu einer  
123 primärrechtlichen Wirtschafts-, Sozial- und Umweltunion sowie Friedens- und Solidar-Union,  
124 einschließlich der aktiven Unterstützung von europäischen Bürgerinitiativen.

125  
126 In Verantwortung und durch die existierenden Institutionen der Europäischen Union ist unverzüglich  
127 ein System der makroökonomischen Koordination, Regulierung und Überwachung der Euro-Region zu  
128 schaffen, das die gemeinschaftlichen Belange der 550 Millionen Menschen in der EU in den  
129 Mittelpunkt politischer Entscheidungen stellt, Partikularinteressen der einzelnen Mitgliedstaaten und  
130 ihrer Finanz- und Wirtschaftskonzerne zurückdrängt und Transparenz der Entscheidungsprozesse in  
131 Land , Bund und EU herstellt. DIE LINKE. M-V wird gegen die Aushöhlung demokratischer  
132 Entscheidungsstrukturen, auch hinsichtlich des subsidiären Mitwirkens des Landtages über die  
133 Befassung durch den Bundesrat, initiativ werden.

134 DIE LINKE. M-V steht für die unverzügliche Einführung der Finanztransaktionsteuer und unterstützt die  
135 darauf abzielende Initiative des Ausschusses der Regionen und den Ansatz der Berichterstatters,  
136 Europaminister Brandenburgs R. Christoffers. Sie wirbt für eine solidarische, europaweite und  
137 internationale Verwendung der damit erzielten zusätzlichen Einnahmen im EU-Haushalt. Die LINKE  
138 fordert als kurzfristig greifende Maßnahme zur Krisenbewältigung die Auflage und Ausgabe von Euro-  
139 Bonds, mittelfristig die demokratische Kontrolle der EZB und des europäischen  
140 Zentralbankensystems, die Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Rating-Agentur bzw. die Zuordnung  
141 der Bonitätsprüfung der Euro-Länder zum Aufgabenkatalog der EZB. Es geht insgesamt in diesem  
142 Bereich um die Wiederherstellung der Macht der Politik über die Finanzmärkte. Nur dies wird  
143 mittelfristig die Realwirtschaft stärken und somit insbesondere den kleinen und mittelständischen  
144 Unternehmen und damit der Schaffung von Arbeitsplätzen zugute kommen.

145  
146 Die LINKE in Mecklenburg-Vorpommern setzt sich ein für einen konsequenten sozial-ökologischen  
147 Umbau der Wirtschaft: Dieser kann und muss erhebliche Triebkräfte für ein EU- weites Investitions-  
148 und Konjunkturprogramm entfalten. Nur dies wird auch in der aktuellen Finanzkrise  
149 Gegensteuerungen ermöglichen, die weit über den Rahmen der EU hinausgehen und endlich wieder  
150 die EU-Krisenländer befähigen, wirtschaftliche Entwicklung im Interesse ihrer Menschen zu  
151 ermöglichen. EU-weit ist dafür ein Programm nach dem Vorbild des Marshall-Planes als gemeinsame  
152 Anstrengung der EU auszuarbeiten. Damit würde die EU ihrer internationalen Verantwortung für  
153 nachhaltiges Wirtschaften und friedliches Zusammenleben der internationalen Staatenwelt gerecht  
154 werden.

155  
156 In kaum einem anderen Bundesland sind wirtschaftliche und beschäftigungswirksame Potenziale so  
157 eng mit dem langfristigen Erhalt einer intakten Umwelt verknüpft wie in Mecklenburg-Vorpommern.  
158 Von den natürlichen Bedingungen profitieren u. a. die Agrar- und Ernährungswirtschaft, die  
159 Holzwirtschaft, Teile der Umwelttechnologie, die Erzeugung erneuerbarer Energien und  
160 nachwachsender Rohstoffe sowie die maritime Verbundwirtschaft. Gleiches gilt für die  
161 Tourismuswirtschaft. In diesen Bereichen, vor allem in deren Verknüpfung zu regionalen  
162 Wertschöpfungsketten und in Verbindung mit Wissenschaft und Forschung, liegen Chancen für neue

163 innovative Arbeitsplätze mit Existenz sicherndem Einkommen. DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern  
164 steht für „sanften“ Tourismus im Einklang mit der Natur in einem gesunden und  
165 gesundheitsbewussten Land. Der nach wie vor dringend notwendige und konsequent fortzuführende  
166 sozial-ökologische Umbau der Wirtschaft muss ein stärkeres Engagement in barrierefreie  
167 Tourismusangeboten, langfristige Marketingstrategien und die Erschließung der Kyritz-Ruppiner Heide  
168 für einen naturnahen Tourismus beinhalten. Hier sehen wir enge Bezugspunkte zu einem aktiven  
169 Beitrag M-V für die wirklichkeitsnahe Umsetzung der Ostseestrategie der EU - auch in  
170 Wechselwirkung mit der weiteren Entwicklung der Euro-Region Pomerania.  
171 Europäische und Mecklenburg-Vorpommernsche Verkehrspolitik gehört ebenso dazu: ein Umdenken  
172 beim Standard von Straßen und anderen Verkehrsverbindungen. Die Unterhaltung der vorhandenen  
173 Straßen muss Vorrang vor dem Ausbau und der Ausbau, Vorrang vor dem Neubau haben. Die  
174 ökologische Evaluierung steht im Einklang mit den immer weiter steigenden Kosten der  
175 Instandhaltung der Verkehrsstraßen und der damit einhergehenden finanziellen Belastung des Landes  
176 und der Kommunen. Das gilt auch in Bezug auf die landesspezifische Untersetzung der EU-TEN-  
177 Planungen für den Ostsee-Adria-Korridor sowie der notwendigen West-Ost Verkehrsplanungen.  
178  
179 DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern setzt sich für eine ganzheitliche europäische Lösung zur  
180 Problematik der Endlagerung hochradioaktiver Stoffe ein. Vor allem strebt sie eine Veränderung des  
181 Diskussionsniveaus an, auf dem das Verursacherprinzip nicht einfach argumentationslos durch das  
182 Gemeinlastprinzip ersetzt wird. Das Verursacherprinzip als wesentlicher Bestandteil der Richtlinie  
183 2004/35/EG ist nicht durch die Geschichte auszuhebeln. DIE LINKE in M-V lehnt daher die  
184 Endlagerung radioaktiven Sondermülls in unserem Land ab. Die Aus- und Fremdlagerung von  
185 radioaktiven Abfällen der alten Bundesländer auf die neuen Bundesländer ist nicht hinnehmbar.  
186 Gerade für Mecklenburg-Vorpommern als Tourismusland Nummer eins, stellt die Errichtung eines  
187 Endlagers einen schwerwiegenden Imageschaden dar und wirkt sich negativ auf die wirtschaftliche  
188 Entwicklung aus. Mecklenburg-Vorpommern vermittelt ein maritimes, Natur schonendes und  
189 ökologisches Tourismusbild in die Welt, in dem ein Endlager, nicht nur geologisch, keinen Platz findet.  
190 Die ökologischen Folgewirkungen sind extrem risikobehaftet und erfordern daher enorme  
191 Fachkompetenzen, die Mecklenburg-Vorpommern nicht vorweisen kann. DIE LINKE sagt: Ein Atom-  
192 Endlager im Biosphärenreservat - nein danke!  
193  
194 Eine zukunftsfähige Energiepolitik in Mecklenburg-Vorpommern kann nur unter besonderer  
195 Berücksichtigung der Besonderheiten des Landes entwickelt werden. Die "Doppelte Energiewende"  
196 der Bundesregierung von 2011 macht jedoch auch aus europäischer Sicht die Neuorientierung der  
197 gesamten deutschen Energieversorgungssysteme notwendig. Weitreichende Umbrüche im nationalen  
198 Energierecht, wie bei der Einspeisevergütung, beim Instanzwechsel zur Genehmigung von  
199 Höchstspannungsleitungen oder wie die verpflichtende Einführung von Erdverkabelungen erfordern  
200 grundlegende Neuausrichtungen. Die LINKE in Mecklenburg-Vorpommern hält an den nationalen wie  
201 europäischen Zielvorgaben fest und fordert: den Ausbau Erneuerbarer Energien und die Erhöhung der  
202 Energieeffizienz voranzutreiben, die Einhaltung der nationalen wie europäischen Vorgaben zur CO<sub>2</sub>-  
203 Reduzierung, die Systemintegration der Erneuerbaren Energien durch neue Speichertechnologien und  
204 neue Mess- und Regelungstechnik, die soziale Verträglichkeit der Energiewende, die Verteilung der  
205 Sozialkosten auf alle Bundesländer sowie die Dezentralisierung und Re-Kommunalisierung der Netze  
206 als wichtiger Beitrag für funktionsfähige europäische Verbundsysteme.  
207  
208 Die LINKE in Mecklenburg-Vorpommern unterstützt und beteiligt sich aktiv an allen Abwehrkämpfen  
209 gegen Lohn- und Sozialdumping, gegen die rabiate Umverteilung zu Lasten der Arbeitenden und der  
210 Arbeitslosen in der EU. Die "positiv", doch national-rezeptliche Seite deutscher Arbeitsmarktpolitik, die  
211 Kanzlerin Merkel allen Volkswirtschaften der EU überhelfen will, ist das System von Kurzarbeit.  
212 Ungeachtet voller Auftragsbücher haben 2010 fast ausschließlich prekäre Beschäftigungsverhältnisse  
213 wie Leiharbeit, Minijobs und Teilzeitarbeit zugenommen. Arbeitsverhältnisse mit unbefristeter,  
214 sozialversicherungspflichtiger Vollzeitätigkeit sanken von 2008 bis 2010 um 133.000 auf 61,2  
215 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse. Diese Politik hat in Deutschland schon heute zur  
216 schlechtesten Reallohn-Entwicklung aller europäischen Staaten geführt - ohne flächendeckende

217 Mindestlohnregelung. Die LINKE M-V. weist diese Beschäftigungspolitik nach dem Motto „Hauptsache  
218 Arbeit“, wie sie von der Europäischen Kommission bereits angedacht und im Zusammenhang mit  
219 flexiblen Krisenbewältigungsszenarien durch den Vorstoß von "Merkozy" EU-weit massiv  
220 vorangetrieben werden soll, entschieden zurück. Die LINKE steht für eine Politik der Stärkung der  
221 Arbeitnehmereinkommen. Dies wäre zugleich ein konsequenter, weil nachhaltiger Beitrag zur  
222 Überwindung der Krise und zur Stärkung der Gemeinschaftswährung. Die LINKE will „Gute Arbeit“ für  
223 Europa. Arbeit, von der Frauen und Männer eigenständig, armutsfest und ohne staatliche  
224 Transferleistungen leben können. Auch deswegen kämpft die LINKE. M-V an der Seite der Menschen  
225 mit einer Volksinitiative für einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 €.  
226 Zugleich erfordert die vorgeschlagene Wirtschafts-, Währungs-, Sozial- und Umweltunion die  
227 konsequente Hinwendung zu mehr Europa: Lohndumping und Steuerflucht müssen durch  
228 gemeinschaftliche Regelungen und makroökonomische Steuerungsprozesse bekämpft und verhindert  
229 werden. Die LINKE wird im Wettbewerb und in der Kooperation mit Gewerkschaften, Sozialverbänden  
230 und mit den Bürgerinnen und Bürgern in M-V, Deutschland und EU-weit gemeinsame Strategien dafür  
231 erarbeiten. Eine solche europäische Politik wird den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und  
232 Umwelt bewahrendes Leben und Arbeiten erst ermöglichen. Nicht ein unbarmherziges Gegeneinander,  
233 nicht Umverteilung von unten nach oben, sondern gemeinschaftliche Interessenswahrnehmung,  
234 solidarische und demokratische Aushandlungsprozesse werden europäische Integration nachhaltig  
235 und dauerhaft machen können.

236

237 Mecklenburg-Vorpommern ist ein offenes Land für Zuwanderinnen und Zuwanderer, die Die LINKE als  
238 kulturelle Bereicherung und nicht als Ausgleich des demographischen Wandels und  
239 Fachkräftemangels betrachtet. Dennoch müssen und werden auch wir uns den Herausforderungen  
240 des demografischen Wandels stellen. Die LINKE wendet sich gegen Entwicklungen, die M-V zum  
241 alleinigen Durchgangsgebiet für Verkehrsströme zwischen Skandinavien und Südeuropa, zwischen  
242 Osteuropa und Hamburg und Rotterdam werden lassen, in dem die ländlichen Räume sich durch den  
243 Wegzug der jungen Generation mehr und mehr "entleeren" und Seniorinnen und Senioren  
244 vereinsamen. Zuwanderer in Mecklenburg-Vorpommern müssen gleiche Chancen in der Bildung, am  
245 Arbeitsplatz und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erhalten und langfristig garantiert bekommen.  
246 Die LINKE in Mecklenburg-Vorpommern tritt für eine einheitliche EU-Flüchtlingspolitik und ein  
247 einheitliches Asylverfahren in allen EU-Staaten ein. Sie setzt sich für die Abschaffung der  
248 Grenzschutzagentur "FRONTEX" ein.

249

250 Die LINKE wird es auch in unserem Bundesland nicht zulassen, dass gerade die junge Generation ihrer  
251 Zukunft durch diese Politik des „Weiter so“, ihrer Perspektiven beraubt wird.  
252 Die LINKE. M-V setzt sich für eine entsprechende Überarbeitung der Lehrpläne und Schulbücher ein,  
253 die viel stärker auf eine umfassende Darstellung der Vielgestaltigkeit politischer  
254 Entscheidungsprozesse zwischen Kommune, Land, Bund und EU setzt, die subsidiäre  
255 Entscheidungsprozesse transparent macht und damit im gesamten schulischen Bildungsprozess die  
256 Herausbildung demokratischer Beteiligungsnormen fördert. Die LINKE wird sich dementsprechend  
257 auch gegenüber Landesregierung und im Dialog mit allen gesellschaftlichen Kräften dafür einsetzen,  
258 dass die längst anstehende Reform des Bildungswesens im Rahmen der Kultusminister-Konferenz  
259 auch in diese Richtung vorangetrieben wird.

260

261 DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern widersetzt sich der anhaltenden Privatisierung der  
262 europäischen Universitätslandschaft und der regionalen Elitenförderung, der Schließung von  
263 Fachbereichen und der Ausgliederung von hochschuleigenen Aufgaben und Kompetenzbereichen.  
264 Mecklenburg-Vorpommern ist darauf angewiesen, dass im Umfeld einer qualitativ hochwertigen  
265 Hochschullandschaft moderne Technologien entwickelt und angewendet werden sowie jungen  
266 Menschen eine erstklassige Universitätsausbildung geboten wird. Besonderes Augenmerk wird dabei  
267 auf die Stärkung der Forschung, auf die Entwicklung und Anwendung von Technologien zur Nutzung  
268 erneuerbarer Energien sowie auf die Entwicklung und Anwendung von Technologien, auf die  
269 Konstruktionen und Designs auf der Basis von Erkenntnissen der Bionik nach dem Prinzip „Von der  
270 Natur lernen“ gelegt. Zur Sicherung dieser zukunftsweisenden Lehre und Forschung an den

271 Hochschulen des Landes ist die pädagogische Ausbildung an den Universitäten Rostock und  
272 Greifswald zu festigen, das Zentrum für Hochschuldidaktik an der Universität Rostock zu stärken  
273 sowie die Grundlagenforschung im Bereich Nachhaltigkeit an der Universität Greifswald zu fördern  
274 und zugleich stärker auch im europäischen Maßstab zu fördern.

275

276 Die LINKE in Mecklenburg-Vorpommern will eine aktive **Fortführung der Struktur- und**  
277 **Regionalpolitik** sowie der **Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik**.

278 2012 wird in Brüssel, Berlin und auch in Schwerin entschieden, wie in der jetzt bald 28  
279 Mitgliedstaaten umfassenden EU die auf den Zeitraum 2014 – 2020 ausgerichtete EU-weite  
280 Kohäsionspolitik neu strukturiert werden soll. Bereits jetzt ist klar, dass M-V aus der Ziel-1 Gebiet-  
281 Mittelzuweisung herausfallen wird. Das erfordert Anpassungen und Übergangslösungen  
282 (Unterstützung aller Regionen, mit einem BIP/Kopf zwischen 75 und 90% des EU-Durchschnitts oder  
283 aus der Ziel-1-Förderung ausscheiden für die Dauer einer Förderperiode). DIE LINKE in der EU, im  
284 Bund und in den Bundesländern setzt sich dafür ein, dass die Bundesregierung die im Rahmen der  
285 mehrjährigen Finanzvorausschau (MFV) vorgesehenen Zahlungen von jährlich 1,1% BSP in den  
286 gemeinsamen EU-Haushalt realisiert – auch damit die für eine Fortsetzung der wichtigen  
287 Kohäsionspolitik in der nächsten Förderperiode vorgesehenen Mittel mindestens auf der Höhe der  
288 aktuellen bleiben. Denn Kohäsionspolitik ist gerade in Zeiten der Krise auch eine Entwicklungspolitik  
289 für die europäischen Regionen.

290 Wir begrüßen, dass sich das Europäische Parlament mit großer Mehrheit für eine neue  
291 Förderkategorie – die Einführung einer Zwischenkategorie ausgesprochen hat. Schon jetzt zeichnen  
292 sich aber gerade hier Differenzen zwischen Europäischem Parlament und Rat ab. DIE LINKE wird hier  
293 auf Landesebene wie im Bund die Verantwortung der nationalen Entscheidungsträger einfordern.  
294 DIE LINKE. M-V unterstützt den Ansatz, die Rolle der Regionen bei der Ausarbeitung der lokalen  
295 Entwicklungsstrategien zu stärken; sie lehnt zugleich die Positionen von Kommission und im EU-Rat  
296 ab, von den Mitgliedstaaten von oben bestimmte Strukturreformen zu fordern, um Zugang zu den  
297 Fördergeldern zu erhalten. Auch das Vorhaben, Förderzeiträume für Regionen, die auch nach  
298 mehreren Programmperioden trotz Höchstförderung keine nennenswerten Verbesserungen ihrer  
299 wirtschaftlichen Situation erreichen konnten, zu begrenzen, widerspricht den Grundsätzen und dem  
300 Charakter der Kohäsionspolitik.

301 Die LINKE lehnt entschieden das Vorhaben ab, die Kohäsionspolitik zu einem Instrument bei der  
302 Durchsetzung neoliberaler Wirtschaftsdogmen zu machen und den Entzug von Fördermitteln als  
303 Bestrafungsinstrument bei makroökonomischen Problemen zu missbrauchen. DIE LINKE in  
304 Mecklenburg-Vorpommern hält das Einfrieren von Fördermitteln des Kohäsionsfonds als Sanktion bei  
305 Verstößen gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt für kontraproduktiv. Nicht nur die nachhaltige  
306 Entwicklung unseres Landes wird dadurch gefährdet, sondern es werden auch auf der operationalen  
307 Ebene die Träger getroffen, in deren Verantwortungsbereich nicht eine verfehlte Konsolidierungspolitik  
308 fällt. Dies wird nur bestehende ökonomische Probleme noch verschlimmern, und ist mit einer Politik  
309 solidarischen und nachhaltigen Entwicklung sowie partnerschaftlicher Kooperation in der EU nicht  
310 vereinbar.

311 DIE LINKE. M-V wird sich in den Kreisen und im Land mit öffentlichen Veranstaltungen zur  
312 Einbeziehung möglichst vieler interessierter Bürgerinnen und Bürger sowie eigenen Vorschlägen an  
313 der Vorbereitung und Erarbeitung der operationellen Programme beteiligen, um nach Verabschiedung  
314 der Verordnungen (2012) nachhaltige Struktur- und Regionalprojekte, die direkt Themen der  
315 regionalen Entwicklung aufgreifen, perspektivisch verwirklichen zu können.

316 DIE LINKE wird sich in die Entscheidungsprozesse darüber einbringen, wie die gemeinsame  
317 Europäische Agrarpolitik weiter dahin verändert werden muss, ländliche Raumentwicklung und  
318 heimische Produktion von Nahrungsmitteln unter konsequent sozialen und ökologischen  
319 Gesichtspunkten zu gewährleisten und zugleich viel direkter und unmittelbarer die Belange der  
320 Entwicklungsländer zu berücksichtigen. Unternehmen der agrarischen Primärproduktion müssen für  
321 soziale und ökologische Leistungen unterstützt werden, um den Einfluss landwirtschaftsfremden  
322 Kapitals zurückzudrängen.

323 Beide Instrumente, finanziert aus dem EU-Haushalt und ko-finanziert von Bund und Land, waren in den  
324 letzten Jahrzehnten ein durchaus wichtiger Pfeiler für die wirtschaftliche Entwicklung in unserem  
325 Bundesland.

326

327 DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern fordert die verstärkte Inanspruchnahme der Fördergelder der  
328 EU im Rahmen der Einstufung als Konvergenzregion für die Entwicklung von Forschung sowie zur  
329 Entwicklung von Nachhaltigkeit: Der fondsübergreifende und damit integrierte inhaltliche Ansatz zur  
330 Projektförderung durch die Gemeinsame Verwaltungsbehörde (GBV) soll verstärkt jene Projekte  
331 unterstützen, die nicht nur fondsübergreifend sondern auch im Sinne einer Stärkung des  
332 Forschungsstandorts Mecklenburg-Vorpommern verstanden werden können. Die bereits jetzt in der  
333 Bundesrepublik herausgehobene Position Mecklenburg-Vorpommerns auf den Gebieten der  
334 Plasmatechnologie, Bio- und Umweltechnologie ist weiter zu stärken.

335

336 Zur Erhaltung des Schiffbaustandorts Mecklenburg-Vorpommerns ist die Konzeptualisierung einer  
337 ganzheitlichen maritimen Wirtschaft, die alle Zweige, deren Wertschöpfungsgrundlage das Meer ist,  
338 von Nöten. Hafenwirtschaft, Schiffsverkehr, Fischfang, Tourismus, Schiffselektronik und Navigation  
339 sowie maritime Umwelt- und Offshore-Technologien sind auf europäischer und internationaler Ebene  
340 durch weltweit gültige Sicherheitsstandards zu flankieren. Ideen müssen wesentlich schneller als  
341 bisher in marktfähige Produkte und Dienstleistungen transformiert werden, um den stetigen Rückgang  
342 der Mecklenburgischen Schiffbauindustrie zu stoppen.

343

344 DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern setzt sich für die Erhaltung der Küsten- und Binnenfischerei  
345 im Lande ein. Die Fischhaltung in Aqua-Kulturen stellt einen wichtigen Beitrag zur Entlastung der wild  
346 lebenden Fischbestände dar. Die Küsten- und Kutterfischerei ist ein traditioneller und kultureller  
347 Wirtschaftszweig Mecklenburg-Vorpommerns, der unabdingbar für die Erhaltung des maritimen Flairs  
348 und damit Mecklenburg-Vorpommerns als Tourismus-Bundesland ist. DIE LINKE setzt sich konkret für  
349 die Einführung einer Quotenregelung in Abhängigkeit des industriellen Maßstabs der eingesetzten  
350 Mittel ein und fordert die Preisstabilität der Ankaufspreise.

351

352 Die LINKE in Mecklenburg-Vorpommern wendet sich entschieden gegen jegliche Versuche, die  
353 Krisenprozesse in der EU für nationale oder nationalistische Ziele zu missbrauchen und beteiligt sich  
354 am demokratischen Widerstand gegen das Erstarken nationalistischer und rechtspopulistischer  
355 Kräfte. Das bekommt auch im Zusammenhang mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum  
356 bundesweiten Europawahlgesetz besondere Bedeutung, verlangt doch der Wegfall der 5 % Hürde  
357 zugleich eine intensivere Auseinandersetzung mit den unmittelbaren Wirkungen europapolitischer  
358 Entscheidungen seitens der verantwortlichen Akteure auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene und  
359 konkrete Untersetzung eigener alternativer Vorschläge der LINKEN. Hier wollen wir die Einmischung  
360 der Bürgerinnen und Bürger, hier wollen wir den offenen und konstruktiven Dialog in der Gesellschaft -  
361 ohne populistische Verkürzungen, sondern verantwortungsbewusstes Ringen um die Zukunft unseres  
362 Bundeslandes in der Europäischen Union.

363

364 DIE LINKE M-V wird deshalb in Vorbereitung auf die Bundestagswahlen und die Wahlen zum  
365 Europäischen Parlament 2013 und 2014 weiterhin eigene Vorschläge zur „europapolitischen“  
366 Verzahnung kommunal-, regional- und landespezifischer Belange mit den politischen Entscheidungen  
auf EU- bzw. Bundesebene unterbreiten.

367

368

369

370

371

372

Abstimmungsergebnis:

Ohne Veränderungen	Mit Veränderungen	Für	Gegen	Enthaltung

373